



Denkanstösse zur Dienstpflicht

Kommission für Jugendfragen postuliert freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen regt in einem Bericht eine grundlegende Reform der allgemeinen Dienstpflicht an.

nn. Bern · Der freisinnige Genfer Stadtpräsident Pierre Maudet versucht seit längerem, sich über die Romandie hinaus als origineller Denker und sicherheitspolitischer Visionär zu profilieren. Anfang Jahr plädierte er in einem Gegenentwurf zum Armeebericht des Bundesrats für eine Armee mit 20 000 Soldaten. Am Montag nun präsentierte Maudet als Präsident der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen vor den Medien in Bern einen Bericht zur Zukunft der Wehrpflicht. Der Bericht ist zwar das Produkt der 20-köpfigen Kommission, trägt aber Maudets Handschrift.

Mehr Mythos als Realität

Der 22-seitige Bericht beginnt mit der Feststellung, dass die Dienstpflicht für alle Schweizer Männer einem Mythos entspricht. Etwa ein Drittel jedes Jahrgangs entscheidet sich für den sogenannten «blauen Weg» und leistet weder Militär- noch Zivildienst; nur gut die Hälfte aller Dienstpflichtigen leistet noch sämtliche Dienstage. Ohnehin braucht die Armee laut Maudet künftig viel weniger Soldaten, werde doch der Bestand gemäss den jüngsten Parlamentsbeschlüssen von 200 000 auf 100 000 reduziert.

Doch die Dienstpflicht sei in Politik und Volk beliebt, betonte Maudet. Anders als die Volksinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) schlägt die Kommission daher nicht eine Abschaffung, sondern eine Reform der Dienstpflicht vor: Junge Schweizer sollen künftig frei wählen, ob sie Militär- oder Zivildienst leisten wollen.

Die Forderung begründet Maudet vorab staats- und jugendpolitisch: Die Motivation der Jugendlichen für die Armee sei zwar gesunken, doch seien viele bereit, sich während einiger Monate für das Vaterland einzusetzen. Ein «contrat citoyen» böte der Jugend daher auch die Chance, sich weiterzubilden und gleichzeitig einen positiven gesellschaftlichen Beitrag zu leisten.

Wahlfreiheit bedeutet, dass Militär- und Zivildienst gleich lange dauern. Da der Militärdienst belastender ist und letztlich die Bereitschaft zum Tod erfordert, soll er durch Massnahmen wie eine höhere Besoldung aufgewertet werden. Für den Fall, dass der Zivildienst zu attraktiv wäre, schlägt Maudet eine verfassungsmässige Schutzklausel vor, die die Bedürfnisse der Armee priorisiert.

Atomausstieg dank Zivildienst

Für die zusätzlichen Zivildienstleistenden gäbe es laut Maudet hingegen Bedarf: Maudet denkt an Einsätze in Altersheimen, aber auch an neue Aufgaben für Lokalbehörden (Mediation im öffentlichen Raum) oder für die Schweizer Image-Pflege (Touristen-Betreuung an Flughäfen oder Einsatz an

Sportanlagen). Auch für die Umsetzung des Atomausstiegs könnten Zivildienstleistende zum Einsatz kommen, indem sie – unter Vermeidung von Marktverzerrungen – etwa alle Dächer im Land mit Solaranlagen ausrüsteten.

Mit seinem Denkanstoss lanciert Maudet eine politische Debatte, die mit Blick auf die GSoA-Initiative ohnehin bald anläuft. Er erhofft sich bundespolitischen Widerhall und bezeichnet seine Ideen als visionär – aber nicht als unrealistisch. Immerhin habe vor zwei Jahren auch noch niemand die sich nun anbahnende Halbierung des Armeebestands ernsthaft vorauszusagen gewagt.